Kontinuität im Kalten Krieg

Akten zur schweizerischen Aussenpolitik 1964–1966

Ein weiterer Quellenband dokumentiert die Aussenpolitik Mitte der 1960er Jahre. Neben Stabilität wird sichtbar, wie sich Umfeld und Verständnis für den neutralen Kleinstaat verändern.

Daniel Trachsler

Die Publikation der Akten zur schweizerischen Aussenpolitik ist ein rigoroser Destillationsprozess. Dies illustriert auch der neueste Band der Diplomatischen Dokumente der Schweiz (DDS). Rund 1,5 Millionen Archivalien aus etwa 3000 Schachteln sichtete das Forschungsteam unter der Leitung des Historikers Sacha Zala. Aus einer Vorauswahl von gut 1000 Akten schafften es die 184 repräsentativsten Dokumente in die Publikation. So wurde aus einem kaum überblickbaren Bestand von 600 Laufmetern Akten ein handliches Buch zur Aussenpolitik von 1964 bis 1966. Sein wahres Potenzial entfaltet es, wenn es als Navigationshilfe für weiterführende Nachforschungen in der Datenbank Dodis (www.dodis.ch) verwendet wird. Diese enthält zahlreiche zusätzlich eingescannte Originaldokumente und bildet einen integralen Bestandteil des international renommierten schweizerischen Editionsprojekts.

Restriktive Neutralität

Personell erlebte die Aussenpolitik der Schweiz in dieser Zeit einen Wechsel: Mit Bundesrat Willy Spühler, der am 1. Januar 1966 Friedrich Traugott Wahlen ablöste, stand erstmals ein SP-Vertreter an der Spitze des Aussenministeriums. Inhaltlich dominierte hingegen Kontinuität. Der Kalte Krieg und die Folgen der Dekolonisation im äusseren Umfeld sowie die Neutralität als zentrale interne Richtschnur bildeten die wesentlichen Rahmenbedingungen. Neutralitätspolitisch begründete Spühler 1966 denn auch den Schlussstrich unter die vorsichtige Evaluation einer Annäherung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Gegenüber der Uno vertrat der neue Aussenminister eine offenere Haltung als sein Vorgänger. Dies führte in dieser Zeit jedoch nicht zu einer merklichen Änderung der Schweizer Uno-Politik. Geringe Konsequenzen hatte auch die Umwandlung der provisorischen in eine definitive Gatt-Mitgliedschaft 1966.

Eine Zäsur erlebte dagegen die Sicherheitspolitik: Die gewaltige Kostenüberschreitung bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, der «Mirage-Skandal», führte 1966 zum Rücktritt von Paul Chaudet, Vorsteher des Militärdepartements. Die Affäre war ein entscheidender Rückschlag für jeglichen Plan hinsichtlich einer nuklearen Bewaffnung. Sie führte zudem zur Ausarbeitung der Konzeption der militärischen Landesverteidigung von 1966.

Diplomatische Dokumente der Schweiz. Band 23, 1. 1. 1964 bis 31. 12. 1966. Chronos-Verlag, Zürich 2011. 560 S., Fr. 78.–.

Kritik von aussen

Aktuell erscheinen die Probleme in Steuer- und Währungsfragen, mit denen Bern sich beschäftigen musste. So beklagte sich Deutschland bereits 1966 über die Steuerflucht in die Schweiz. Im gleichen Jahr ermächtigte der Bundesrat die Nationalbank, sich im Interesse einer Stabilisierung des westlichen Währungssystems an Stützkäufen zugunsten des britischen Pfunds zu beteiligen.

Als rein und kristallklar wie das soeben genossene Glas Kirsch bezeichnete der nordvietnamesische Botschafter in Moskau Kim Ben Dik die Politik der Schweiz Ende 1966 gegenüber Botschafter August R. Lindt. Bern musste allerdings zur Kenntnis nehmen, dass seine Aussenpolitik nicht überall so schmeichelhaft beurteilt wurde. So rapportierte Emanuel Diez, der Leiter des Rechtsdiensts, seinem Chef F. T. Wahlen 1965, afrikanische Diplomaten hätten nach einem Vortrag über die Neutralität die Haltung der Schweiz gegenüber aussenpolitischen Problemen als heuchlerisch und unmoralisch bezeichnet. Die Kritik habe im Vorwurf gegipfelt, die schweizerische Regierung sei fähig, mit verschränkten Armen zuzusehen, wie die Schwarzen in Südafrika niedergemetzelt würden.

Die politischen und insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Apartheidregime stellten im untersuchten Zeitraum in der Tat eine grosse Herausforderung für die schweizerische Diplomatie dar. Kriegsmaterialexporte, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen waren vor dem Hintergrund von Uno-Sanktionen und Wirtschaftsembargos gegenüber Südafrika heikle Angelegenheiten – und sind es offensichtlich heute noch: Mehrere Departemente verweigerten der Forschungsgruppe der DDS den Zugang zu Südafrika betreffenden Aktenbeständen auch noch nach rund 45 Jahren. Dies ist nicht nur nachteilig für die historische Aufarbeitung der Beziehungen Schweiz - Südafrika, sondern auch insofern kontraproduktiv, als es die Aufmerksamkeit erst recht auf dieses Dossier lenken dürfte. So entführt die Beschäftigung mit der Aussenpolitik der Schweiz in den 1960er Jahren die Leserinnen und Leser unversehens mitten in die Fragen der schweizerischen Aussenbeziehungen der Gegenwart.